

Kurswechsel nötig



Einkommensteuer. Die Steuerlast für Gering- und Normalverdiener zu senken war ein zentrales Versprechen der schwarz-roten Bundesregierung. Passiert ist bis jetzt wenig. Das IW hat nun zwei Vorschläge zur überfälligen Reform der Einkommensteuer erarbeitet. Beide wären zwar mit Mindereinnahmen für den Fiskus verbunden. Martin Beznoska, Steuerexperte im IW, betont aber im Interview, dass die Entlastung der Steuerzahler das Wirtschaftswachstum stärken würde. Zur Gegenfinanzierung rät er der Regierung, zuvorderst ihre Ausgaben zu reduzieren. —> [Seiten 2-4](#)

Außenhandel

Lange hat Deutschland vom florierenden Welthandel profitiert. Doch die Deglobalisierung setzt das exportorientierte Wirtschaftsmodell unter Druck.

—> [Seite 10](#)

Immobilien

Gut jedes fünfte Unternehmen hierzulande unterstützt seine Beschäftigten bei der Wohnungssuche, fast jedes Zehnte stellt sogar selbst Wohnraum bereit.

—> [Seiten 12-13](#)

Mut zur Reform

Einkommensteuer. Die Bundesregierung hat ihr Versprechen, die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen zu entlasten, bislang noch nicht umgesetzt. Das IW hat nun Vorschläge für eine substanzielle Reform der Einkommensteuer vorgelegt, die zwar nicht umsonst zu haben wären, aber der Wirtschaft einen spürbaren Impuls geben könnten.

Bei ihrem Amtsantritt war die schwarz-rote Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz um wuchtige Ankündigungen nicht verlegen. Dazu gehörte auch das Bekenntnis, vor allem jene Steuerzahler zu entlasten, die über niedrige oder mittlere Einkommen verfügen. Dies sollte zu dem übergeordneten Ziel beitragen, die deutsche Wirtschaft endlich wieder in Schwung zu bringen.

Allzu viel ist diesen Versprechen allerdings bislang nicht gefolgt. Zwar

wurden der Grundfreibetrag, bis zu dem Einkommen steuerfrei bleiben, jeweils zum Jahresbeginn erhöht und die Eckwerte, ab denen sich der Verlauf des Steuertarifs ändert, verschoben. Dies reichte jedoch nur, um der sogenannten kalten Progression entgegenzuwirken, also zu vermeiden, dass Arbeitnehmer prozentual auch dann stärker besteuert werden, wenn ihre Einkommen inflationsbereinigt konstant bleiben.

Nach den jüngsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die vor allem für die SPD miserable Ergebnisse lieferten, haben die Parteien in der Bundesregierung zwar wieder vermehrt Entlastungen der Steuerzahler diskutiert – eine schnelle Einigung auf ein umfassendes Reformpaket ist aufgrund der unterschiedlichen Interessen der Koalitionspartner und der tiefen Löcher im Haushalt allerdings eher unwahrscheinlich.

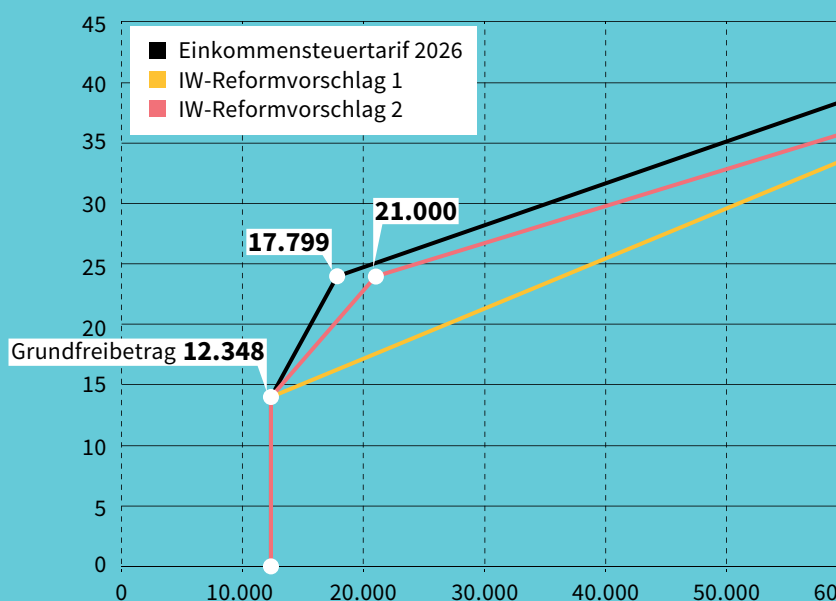
Einkommensteuer: Zwei Reformvorschläge

So viel Prozent Einkommensteuer sind bzw. wären ab diesem steuerpflichtigen Einkommen auf jeden zusätzlich verdienten Euro zu entrichten



Nicht dargestellt ist der weitere Tarifverlauf, bei dem ab einem steuerpflichtigen Einkommen von derzeit 277.826 Euro ein Grenzsteuersatz von 45 Prozent gilt

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd



Einkommensteuer: So würden die IW-Reformvorschläge wirken

Das IW hat zwei alternative Vorschläge zur Reform der Einkommensteuer erarbeitet, wobei Vorschlag 1 eine höhere Entlastungswirkung hätte. Beispielrechnung für einen Singlehaushalt mit diesem Bruttoeinkommen, in Euro pro Jahr

	30.000	50.000	70.000	100.000
Steuerlast 2026	2.244	6.781	12.209	23.577
Entlastung durch IW-Reformvorschlag 1	578	1.671	2.592	3.864
Entlastung durch IW-Reformvorschlag 2	196	436	779	1.522

Singlehaushalt: abhängig Beschäftigter; Steuerlast: ggf. zuzüglich Solidaritätszuschlag
 IW-Reformvorschlag 1 und 2 unterscheiden sich darin, dass Vorschlag 1 oberhalb des Grundfreibetrags einen durchgängig linearen Steuertarif bis zur höchsten Progressionsstufe vorsieht. Vorschlag 2 ist dagegen näher am Status quo, die Eckpunkte des Tarifs greifen aber erst ab höheren Einkommen.
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2026 IW Medien / iwd

Aus ökonomischer Sicht müsste eine Reform in erster Linie darauf abzielen, den sogenannten Mittelstandsbauch abzuflachen. Dieser ergibt sich daraus, dass der Steuertarif bei Einkommen oberhalb des Grundfreibetrags zunächst stark ansteigt. Die Folge (Grafik unten):

Vor allem jene Arbeitnehmer, die ein Jahreseinkommen zwischen dem Grundfreibetrag von derzeit gut 12.000 Euro und dem nächsten Eckwert im Steuertarif

von knapp 18.000 Euro beziehen, müssen für jeden zusätzlich verdienten Euro einen rasch zunehmenden Anteil abführen.

Das betrifft unter anderem überdurchschnittlich viele Teilzeitbeschäftigte und Alleinerziehende.

Aber auch in den darüberliegenden, mittleren Einkommensgruppen wirkt sich der frühe steile Anstieg des Steuertarifs entsprechend aus. Er mindert den Anreiz, mehr zu arbeiten, deutlich und stellt damit eine Bremse für das Wachstum der deutschen Wirtschaft dar.

Wie sich dies ändern ließe, zeigen zwei Reformvorschläge des IW:

Vorschlag 1. Diese Variante würde den Mittelstandsbauch am stärksten abflachen. Sie sieht einen ab dem Grundfreibetrag linear ansteigenden Grenzsteuersatz vor, der erst bei einem Jahreseinkommen von 80.000 Euro – bislang sind es knapp 70.000 Euro – den Spitzensteuersatz von 42 Prozent erreicht.

Diese Reformoption würde zwar für den Fiskus Mindereinnahmen von 67 Milliarden Euro verursachen, die Entlastung vor allem der Steuerzahler mit niedrigen und mittleren Einkommen wäre aber überzeugend (Grafik oben):

Ein Single mit einem Bruttojahreseinkommen von 30.000 Euro würde bei dieser Reformvariante

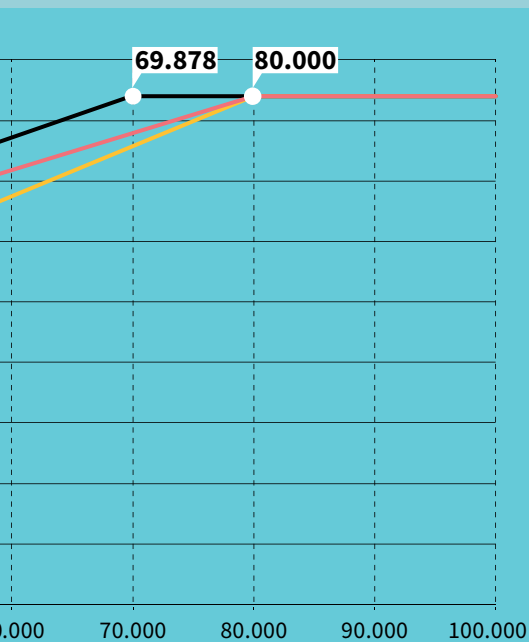
578 Euro weniger Einkommensteuer zahlen – das wären 26 Prozent der bisherigen Steuerlast. Bei 50.000 Euro Jahreseinkommen würde die Entlastung rund 25 Prozent betragen.

IW-Berechnungen zufolge könnte diese Stärkung der Einkommen und damit der Kaufkraft die Wirtschaftsleistung um etwa 1 Prozent steigern.

Vorschlag 2. Diese Option wäre weniger ambitioniert, angesichts der öffentlichen Kassenlage aber wohl leichter durchsetzbar – die Mindereinnahmen für den Staat würden sich hier auf etwa 20 Milliarden Euro belaufen. Der Vorschlag sieht ebenfalls vor, den Spitzensteuersatz erst ab 80.000 Einkommen pro Jahr greifen zu lassen. Hinzu kommt eine Verschiebung des ersten Tarifknicks von rund 17.800 auf 21.000 Euro. Dies würde den Mittelstandsbauch zumindest moderat verkleinern – in Zahlen:

Die Steuerlast eines Alleinstehenden würde sich bei einem Jahresverdienst von 30.000 Euro brutto um rund 9 Prozent verringern, bei höheren Einkommen wären es etwa 6 Prozent.

Auch diese Reformvariante würde dem Wirtschaftswachstum einen positiven Impuls geben – er dürfte sich auf ungefähr 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts belaufen.



Interview. Die Debatte zur Reform der Einkommensteuer dreht sich in Deutschland seit Jahren im Kreis. **Martin Beznoska**, Senior Economist für Finanz- und Steuerpolitik im IW, erläutert, was die von ihm erarbeiteten Vorschläge bringen würden und warum sich die Regierung so schwertut, zu handeln.

„Entscheidend ist, Deutschland wieder wettbewerbsfähiger zu machen“



Foto: IW

Die IW-Reformvarianten würden den ohnehin klammen Fiskus etwa 20 oder sogar 67 Milliarden Euro kosten. Warum soll die Bundesregierung Ihre Vorschläge dennoch aufgreifen?

Nach wie vor belastet der deutsche Staat den Faktor Arbeit so hoch mit Steuern und Abgaben wie kaum ein anderes europäisches Land. Ein Gegensteuern ist überfällig. Die letzte richtige Steuerreform liegt inzwischen schon mehr als 15 Jahre zurück. Die amtierende Regierung hat außerdem in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, kleine und mittlere Einkommen zu entlasten, aber bis auf die Korrektur der kalten Progression ist bislang nichts passiert.

Die Umsetzung der IW-Reformvorschläge wäre für den Fiskus zwar mit einem Minus verbunden. Die steuerlichen Entlastungen würden aber Impulse für das Wirtschaftswachstum setzen, denn sie würden helfen, das Arbeitsangebot auszuweiten, und durch die gestiegene Kaufkraft bereits kurzfristig die Konjunktur stützen.

Die Politik streitet gerade vor allem darüber, wie eine Steuerreform gegenfinanziert werden

könnte. Warum ist das so und welchen Weg sollte die Regierung einschlagen?

Die meisten Posten im Bundeshaushalt sind durch Gesetze festgesetzt, der flexible Anteil ist gering. Und dazu sind die Herausforderungen groß – etwa die Finanzierung der steigenden Verteidigungsausgaben –, während das Haushaltsdefizit wächst. Deshalb tut sich die Regierung mit spürbaren Steuerentlastungen so schwer. Zunächst sollte der Staat also die eigenen Ausgaben senken, um Spielräume zu schaffen.

Aber derzeit wird eher über zusätzliche Einnahmen beispielsweise durch eine Mehrwertsteuererhöhung gesprochen.

Natürlich kann die Regierung schneller Geld in die Kasse holen, indem sie die Mehrwertsteuer um 1 oder 2 Prozentpunkte anhebt. Aber dann stellt sich die Frage, welche Entlastungswirkung eine Steuerreform unterm Strich noch hätte.

Dasselbe gilt für das Streichen des Ehegattensplittings, für das es zwar mit Blick auf die Arbeitsanreize gute Argumente gibt. Aber die verfassungsrechtlich möglichen Kürzungen würden eben wieder dazu führen, dass viele Paare steuerlich

be-statt entlastet würden. Wenn überhaupt, sollte der Staat hier eine Variante wählen, die vor allem Familien mit Kindern nicht schlechterstellt als bisher.

Was sind weitere finanzpolitische Baustellen, um die sich die Bundesregierung kümmern sollte?

Dringender Handlungsbedarf besteht in den Sozialversicherungen. Da muss der Staat vor allem auf der Ausgabenseite ran. Aber auch weitere Reformvorschläge liegen auf dem Tisch wie zum Beispiel die Streichung der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern.

Darüber hinaus gilt es, das Sondervermögen endlich effizienter zu nutzen. Letztlich müssen alle Entscheidungen daraufhin abgeklopft werden, ob sie helfen, den Standort Deutschland wieder wettbewerbsfähiger zu gestalten. Deshalb sollte die Bundesregierung auch jetzt schon überlegen, wie sie die künftigen Haushalte einschließlich der für die Jahre ab 2028 geplanten Senkung der Körperschaftsteuer finanzieren will. Denn auch die hiesigen Unternehmen müssen mit Blick auf ihre internationale Konkurrenzfähigkeit steuerlich entlastet werden.

Das Gefühl trägt

Kaufkraft. Die Löhne in Deutschland haben seit der Wiedervereinigung stärker zugelegt als die Inflation. In der Folge müssen die Bundesbürger für viele Alltags-güter deutlich kürzer arbeiten als noch 1991.

Alles wird teurer – dieses Gefühl haben viele Menschen in Deutschland. Gerade in Krisenzeiten wie der Coronapandemie oder aktuell mit diversen Konflikten und Kriegen verstärkt es sich nochmals. Doch um zu bewerten, ob etwas wirklich teurer für die Menschen geworden ist, reicht ein Blick auf das Preisschild allein nicht aus. Auch die Entwicklung der Löhne und Gehälter muss in die Betrachtung mit einfließen. Daraus ergibt sich schlussendlich die Zeit, die man im Durchschnitt für ein bestimmtes Produkt arbeiten muss.

So ist die Kaufkraft für manche Produkte seit der Wiedervereinigung sogar stark gestiegen (Grafik):

Für einen Fernseher musste ein Arbeitnehmer 1991 durchschnittlich 78 Stunden und 40 Minuten arbeiten, 2025 waren es nur noch 19 Stunden und 31 Minuten.

Auch andere Elektrogeräte wie Waschmaschinen und Kühlschränke sind im Vergleich zu früher deutlich günstiger geworden. Für Lebensmittel ist der Zeiteinsatz bei vielen Produkten in etwa gleich geblieben. Eier, Butter und Milch sind ein wenig erschwinglicher geworden, Kartoffeln und Rindfleisch zum Kochen benötigen ein bisschen mehr Zeiteinsatz.

Eine deutlich längere Arbeitszeit erfordert dagegen unter anderem ein Besuch beim Damenfriseur. Auch Strom oder die Tageszeitung waren Anfang der 1990er Jahre schneller erarbeitet.

Für viele Menschen sind seit dem Irankrieg auch die aktuellen Spritpreise ein großes Thema. Die Langfristbetrachtung zeigt: Kostet der Liter Super 2 Euro, müssen die Bundesbürger dafür im Durchschnitt fünf Minuten arbeiten – und damit nicht wesentlich länger als 1991, als es vier Minuten waren.

Betrachtet man die gesamte untersuchte Warenpalette, überwiegen die günstiger gewordenen Produkte deutlich. Trotz diverser Krisen und Inflationswellen in den vergangenen Jahren können sich die Menschen in Deutschland mehr leisten als noch vor 35 Jahren.

Kaufkraft: Elektronik und Kleidung günstiger

So viele Stunden und Minuten mussten die Bundesbürger durchschnittlich arbeiten, um sich diese Güter leisten zu können

	1991	2025
Fernseher	78:40	19:31
Waschmaschine	53:11	15:19
Herrenanzug	21:05	10:05
Weinbrand (0,7 Liter)	00:44	00:24
Kaffee (500g)	00:23	00:19
Eier (10 Stück)	00:08	00:07
Superbenzin E5 (1 Liter)	00:04	00:05
Rindfleisch zum Kochen (1 kg)	00:32	00:35
Damenfrisur	00:59	01:07
Tageszeitung (1 Monat)	01:11	02:04

1991: Westdeutschland

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2026 IW Medien / iwd

Der Betriebs-Stammtisch

Gesellschaft. Von der Wärmepumpe bis zur Weltpolitik: In den Unternehmen sind gesellschaftspolitische Diskussionen Alltag. Worüber sich die Belegschaften besonders häufig austauschen und mit welchen Maßnahmen der Betriebsfrieden gewahrt bleibt, hat eine neue IW-Studie herausgefunden.

Das neue sogenannte Heizungsgesetz, die hohen Spritpreise, das verplemperte Sondervermögen: Es mangelt aktuell wahrlich nicht an gesellschaftspolitischen Aufregertemen. Einer Umfrage der Techniker Krankenkasse zufolge fühlen sich zwei Drittel der Menschen in Deutschland im Alltag oder am Arbeitsplatz gestresst – und mehr als die Hälfte davon aufgrund von politischen oder gesellschaftlichen Problemlagen.

Und natürlich wird über all dies auch am Arbeitsplatz diskutiert. Acht von zehn Beschäftigten in Deutschland erleben laut IW solche Gespräche zumindest gelegentlich. Unter den Personalverantwortlichen sind es sogar 95 Prozent, die gesellschaftspolitische Diskussionen in ihren Unternehmen wahrnehmen.

Und worüber sprechen die Belegschaften – abgesehen von Beruflichem und Privatem – in den Betrieben?

Von insgesamt sieben aktuellen gesellschaftspolitischen Themen ist es nach Wahrnehmung der Personalverantwortlichen an erster Stelle die Weltpolitik, über die debattiert wird (Grafik):

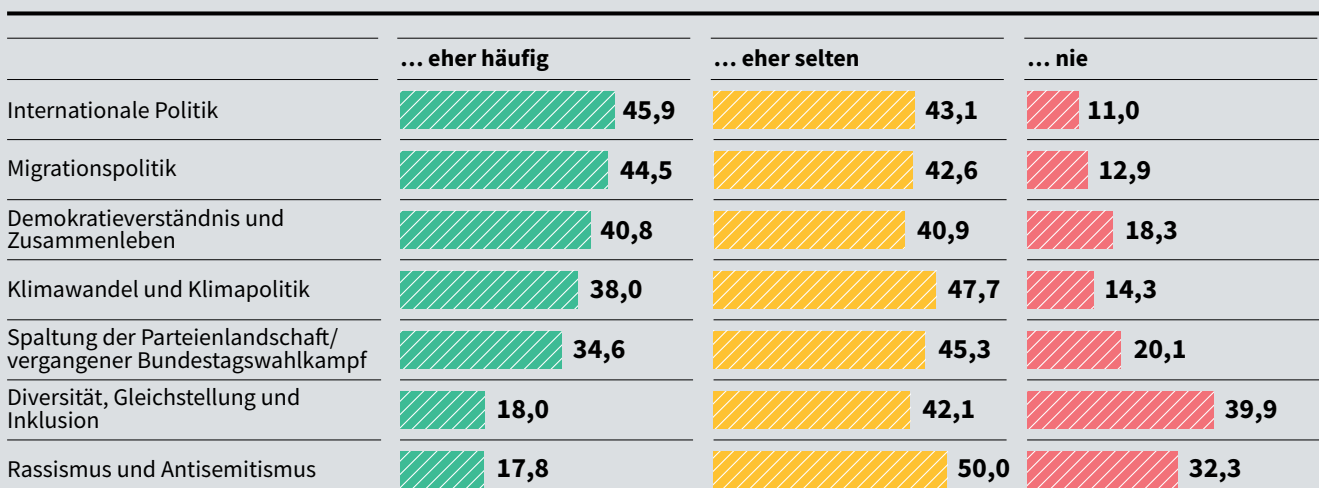
In annähernd 46 Prozent der Unternehmen diskutieren die Beschäftigten häufig über internationale Politik wie Handelskonflikte oder Kriege, in fast ebenso vielen Unternehmen sprechen Mitarbeiter über diese Themen zumindest ab und an.

Am seltensten tauschen sich die Belegschaften über Diversitäts-, Gleichstellungs- und Inklusionsfragen sowie zu Rassismus und Antisemitismus aus. Diese Themenbereiche werden jeweils nur in 18 Prozent der Unternehmen häufiger besprochen.

Themen rund um die Migrationspolitik werden ebenfalls häufig innerhalb der Belegschaften diskutiert,

Gesellschaftspolitik: Darüber wird in Betrieben diskutiert

In so viel Prozent der Unternehmen diskutiert die Belegschaft diese Themen ...



Befragung von 826 Personalverantwortlichen zwischen Mitte Juli und Ende August 2025 im Rahmen des IW-Personalpanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

in Ostdeutschland mit annähernd 62 Prozent noch mal stärker als in Westdeutschland (knapp 41 Prozent), wo dagegen der Klimawandel und die Klimapolitik etwas häufiger als an ostdeutschen Unternehmensstandorten erörtert wird. Dabei gehen diese Ost-West-Unterschiede weniger auf die spezifische Wirkung einer west- oder ostdeutschen Unternehmenskultur zurück als auf eine unterschiedliche Branchenstruktur und die jeweiligen Unternehmensgrößen.

Obwohl also die Belegschaften häufig über gesellschaftliche und politische Vorkommnisse sprechen, nehmen weder die Personalverantwortlichen noch die Mitarbeiter selbst die Auswirkungen solcher Diskurse als schädlich für die Arbeitsatmosphäre wahr. So scheinen Spannungen, die durch Meinungsverschiedenheiten zu Themen wie Migration, Klimawandel oder Gleichstellung entstehen, bislang in den Belegschaften die Ausnahme zu sein.

Selbst eine stark abweichende Meinung zu gesellschaftspolitischen Themen führt in der Regel nicht zu einer Ausgrenzung im Kollegenkreis.

Das gilt allerdings nur, solange wirtschaftliche Stabilität im Unternehmen herrscht. Machen sich Beschäftigte dagegen Sorgen um die wirtschaftliche Lage ihrer Firma, nimmt der Anteil derjenigen zu, die einen negativen Einfluss gesellschaftspolitischer Diskussionen auf das Betriebsklima bemerken.

Zudem gehen rund sechs von zehn Personalleitern davon aus, dass die Relevanz gesellschaftspolitischer Themen für Diskussionen im Unternehmen in den nächsten fünf Jahren steigen wird; in größeren Unternehmen liegt die Rate sogar bei fast 70 Prozent. Mit einer Entspannung rechnen nicht einmal 2 Prozent der Personalverantwortlichen.

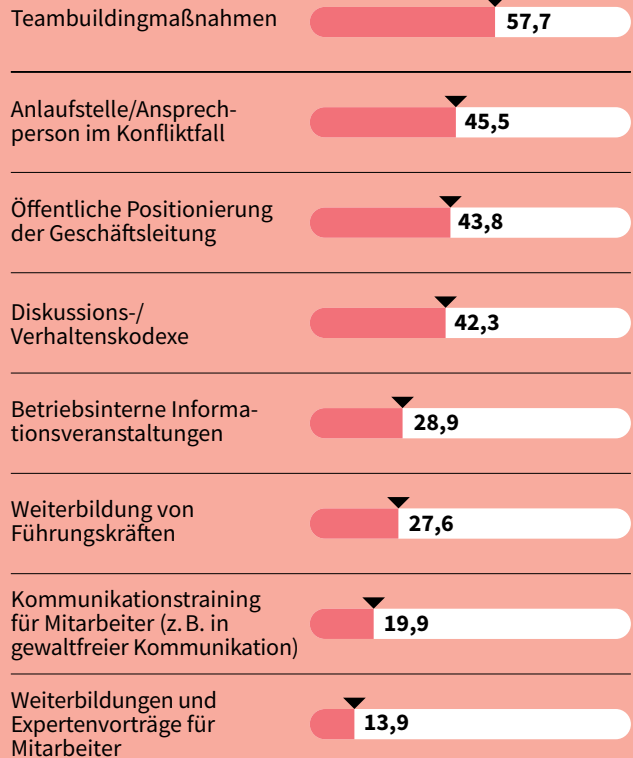
Gleichwohl fühlen sich 42 Prozent der Unternehmen gut aufgestellt, sollten derartige Debatten künftig zu vermehrten Spannungen in der Belegschaft führen. Dies dürfte daran liegen, dass bereits heute die meisten Unternehmen Maßnahmen etabliert haben, um mit gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen im Betrieb umzugehen. Einen besonderen Fokus legen sie in diesem Kontext auf die Förderung des Zusammengehörigkeitsgefühls (Grafik):

Knapp 60 Prozent der Unternehmen setzen auf Teambuildingmaßnahmen, weil sie hoffen, so die Diskussionskultur selbst in der Auseinandersetzung mit konfliktreichen Themen positiv beeinflussen zu können.

Die zweithäufigste Maßnahme ist das Benennen einer Ansprechperson, an die sich Betroffene im Konfliktfall wenden können – fast jedes zweite Unternehmen bietet

Gesellschaftspolitische Diskussionen: So reagieren die Betriebe

So viel Prozent der Unternehmen haben diese Maßnahmen ergriffen, um mit gesellschaftspolitischen Diskussionen in der Belegschaft umzugehen



Befragung von 786 Personalverantwortlichen, in deren Unternehmen mindestens ein gesellschaftspolitisches Thema diskutiert wird, zwischen Mitte Juli und Ende August 2025 im Rahmen des IW-Personalpanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2026 IW Medien / iwd



so eine Anlaufstelle an. In mehr als 40 Prozent der Unternehmen äußert sich die Geschäftsführung öffentlich zu gesellschaftspolitischen Themen, genauso häufig existiert ein Diskussions- oder Verhaltenskodex, der beispielweise das Tragen von Kleidung mit provozierendem Parteibezug untersagt.

Mit knapp 28 Prozent bietet ein kleinerer Anteil der Firmen Weiterbildungen für Führungskräfte an, in denen sie Herangehensweisen zur Streitschlichtung erlernen. Weiterbildungen und Expertenvorträge für Mitarbeiter rund um das Thema wertschätzende Diskussionskultur praktiziert rund jedes siebte Unternehmen.

IW-Report 14/2026

Matthias Diermeier, Konrad Doliesen, Andrea Hammermann: Gesellschaftspolitische Spannungen am Arbeitsplatz

Vielseitiger Nährboden

Kali- und Salzindustrie. Sie ist eine für die Nahrungsmittelproduktion unverzichtbare Branche und ebenso ein wichtiger Lieferant für Chemie- und Pharmaunternehmen. In Deutschland können die Betriebe der Kali- und Salzindustrie – anders als bei anderen wichtigen Rohstoffen – den heimischen Bedarf der Wirtschaft decken.

Kali- und Salzindustrie in Zahlen

In Deutschland im Jahr 2023

Beschäftigte

ca. **13.500**

Umsatz in Milliarden Euro



Kaliproduktion in Millionen Tonnen



Bruttowertschöpfung in Milliarden Euro



Salzproduktion in Millionen Tonnen



Kali- und Salzproduktion: 2022

Quellen: Eurostat, Exiobase, Geschäftsberichte der Kali- und Salzunternehmen, Götzfried (2024), Statistisches Bundesamt, World Mineral Statistics Data, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Bernburg, Bleicherode, Borth oder Neuhof-Ellers – die meisten werden noch nie etwas von diesen Orten gehört haben. In der deutschen Kali- und Salzindustrie kennt sie aber wohl fast jeder, denn dort befinden sich aktive Bergwerke und Salinen. An insgesamt 15 Standorten im Bundesgebiet läuft der Abbau von Kali und Salz. Die Bundesrepublik zählt weltweit zu den größten Produzenten (Grafik):

Im Jahr 2022 lag Deutschland mit einer Kaliproduktion von 2,7 Millionen Tonnen global auf dem fünften Platz, beim Salz reichten 16,1 Millionen Tonnen sogar für Rang vier.

Das Gute für die Industrie: Die Vorräte im Bundesgebiet sind groß, der Abbau ist langfristig gesichert.

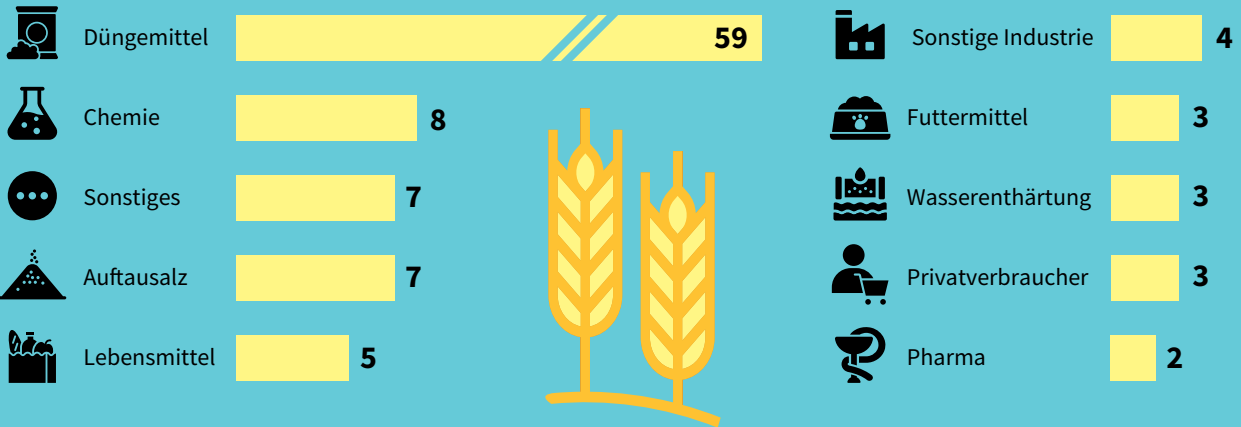
Die Branche ist mit zuletzt rund 13.500 Mitarbeitern relativ klein, aber sehr erfolgreich: Bei einem Umsatz von gut 3,5 Milliarden Euro im Jahr 2023 lag die Bruttowertschöpfung bei knapp 1,5 Milliarden Euro. Die Produktivität je Erwerbstätigen bewegte sich damit etwas oberhalb des Durchschnitts im Produzierenden Gewerbe.

Der größte Abnehmer der Branche ist die Landwirtschaft, denn Kalium ist ein essenzieller Nährstoff für Pflanzen. Es unterstützt wichtige physiologische Prozesse wie die Regulation des Wasserhaushalts, Photosynthese und Proteinsynthese. Dazu fördert Kalium das Wachstum der Pflanzen (Grafik Seite 9):

Im Jahr 2023 erzielte die deutsche Kali- und Salzindustrie 59 Prozent ihres Umsatzes mit Düngemitteln.

Kali- und Salzindustrie für Landwirtschaft essenziell

So viel Prozent der Umsätze der Kali- und Salzindustrie in Deutschland entfielen im Jahr 2023 auf diese Bereiche beziehungsweise auf diese Produkte



Quellen: Eurostat, Exiobase, Geschäftsberichte der Kali- und Salzunternehmen, Götzfried (2024), Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Auch für die Chemie- und Pharmabranche spielen die in Deutschland gewonnenen Salze eine wichtige Rolle. So dienen Infusionslösungen mit Pharmasalz tagtäglich als kurzfristiger Blutersatz und retten damit Leben. Außerdem sind Salze unverzichtbar für zahlreiche chemische Prozesse, mit denen Medikamente, Pflanzenschutzmittel oder Kunststoffe hergestellt werden.

Und auch im Alltag begegnet man den Produkten der Kali- und Salzindustrie. Etwa, wenn es im Winter mal wieder glatt ist und die Winterdienste Auftausalz auf die Straßen streuen.

Das Auslandsgeschäft der Branche konzentriert sich stark auf Kalidünger. Im Jahr 2023 exportierte Deutschland rund 1,9 Millionen Tonnen davon, den entgegengesetzten Weg gingen nur 71.000 Tonnen. Der größte Abnehmer für Kalidünger made in Germany ist Brasilien – zuletzt lag dessen Anteil an den deutschen Ausfuhren bei 23 Prozent. Dahinter folgten die Abnehmerländer Polen (10 Prozent) und Frankreich (5 Prozent).

Salz lieferte Deutschland vor allem an andere europäische Länder, in den Top Ten der Handelspartner sind ausschließlich Länder des heimischen Kontinents zu finden. Belgien nimmt mit 25 Prozent mit Abstand die größte Menge ab. Der gesamte Exportwert von Salz aus heimischer Produktion lag 2023 bei etwa 344 Millionen Euro. Das bedeutet:

Wie bei Kali ist Deutschland auch bei Salz Nettoexporteur, wenn auch nicht in einem ganz so großen Maß.

Die Kali- und Salzindustrie hat aber auch mit diversen Herausforderungen zu kämpfen. So setzen ihr als exportorientierter Branche die geopolitischen Spannungen in der Welt zu; der sich auf dem Vormarsch befindende Protektionismus ist ebenfalls ein Geschäftsrisiko. Zudem haben die hiesigen Unternehmen im internationalen Wettbewerb Nachteile durch die hohen Energiekosten in Deutschland. Da die Abbau- und Verarbeitungsprozesse sehr energieintensiv sind, trifft dieser Umstand die Branche umso härter. Darüber hinaus bleibt auch die Kali- und Salzindustrie nicht vom Fachkräftemangel verschont. Vor allem Elektriker, Anlagenmechaniker, Bergbauingenieure sowie Personal in Verwaltung und Vertrieb fehlen.

Und noch eine weitere große Aufgabe gilt es für die Unternehmen zu bewältigen: die Dekarbonisierung. Die überwiegenden Energieträger in der Kali- und Salzindustrie sind derzeit noch Erdgas, Strom und Diesel. Die Branche setzt perspektivisch auf zwei Strategien, um das zu ändern. Zum einen soll Strom stärker in die Prozesse – auch zur Wärmeerzeugung – eingebunden werden und so einen Teil des Erdgases ersetzen. Zum anderen soll zusätzlich Wasserstoff sukzessive Erdgas als Energiequelle ablösen.

Gutachten

Cornelius Bähr, Felix Heyer, Benita Zink: Bedeutung der Kali- und Salzindustrie in Deutschland

Neue Realität

Außenhandel. Jahrzehntlang profitierte die Bundesrepublik von offenen Märkten und dem florierenden Welthandel – doch dieses Umfeld verändert sich. Deutschlands exportorientiertes Wirtschaftsmodell gerät unter Druck.

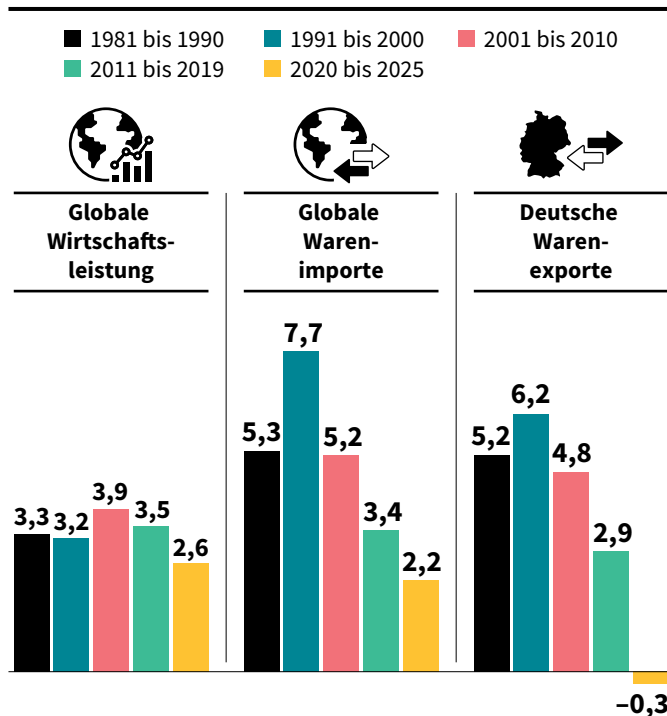
Deutschland und die Globalisierung – das ist schon seit vielen Jahren eine Erfolgsgeschichte. Mit im internationalen Vergleich hohen Export- und Importquoten von jeweils rund 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ist die Bundesrepublik stark in den weltweiten Handel eingebunden.

Das heißt aber auch, dass der wirtschaftliche Erfolg des Landes maßgeblich von offenen Märkten und einer dynamischen globalen Nachfrage abhängt. Doch genau dieses Umfeld bröckelt (Grafik):

Während die globalen Wareneinfuhren in den 1980er bis 2000er Jahren stärker wuchsen als die Wirtschaftsleistung, hat sich dieses Verhältnis inzwischen umgekehrt.

Deutsche Exporte fallen zurück

Jahresdurchschnittliche reale Veränderung in Prozent



Quellen: Internationaler Währungsfonds, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Diese Entwicklung ist ein Zeichen einer Deglobalisierung – statt mit anderen Ländern zu handeln, setzen Staaten wieder stärker auf eigene Produktion und nationale Interessen.

Keine guten Voraussetzungen für die Exportnation Deutschland – und es kommt noch schlimmer. Über die vergangenen vier Jahrzehnte bewegten sich die deutschen Exporte meist im Rhythmus der globalen Nachfrage: Wuchsen die internationalen Warenimporte, legten auch die deutschen Ausfuhren zu. Doch dieses Muster scheint gebrochen – seit 2022 sind die Exporte der Bundesrepublik rückläufig, obwohl die globalen Warenimporte leicht wachsen. Das hat mehrere Gründe:

Globale Produktionsstruktur. Deutschlands Anteil an der weltweiten Industrieproduktion ist mit 5 Prozent nur noch halb so hoch wie in den 1990er Jahren. Der Anteil Chinas hat sich dafür auf rund 30 Prozent verzehnfacht. Mittlerweile entsteht rund die Hälfte der Industriewaren in Asien.

Standortkosten. Deutschland hat im internationalen Vergleich sehr hohe Lohnstückkosten. Zwar liegt die Produktivität hierzulande auf einem guten Niveau, das kann die immensen Arbeitskosten allerdings nicht kompensieren. Im IW- Standortindex, der die industrielle Standortqualität von 45 Ländern misst, belegt Deutschland in der Kategorie Kosten – darunter fallen etwa Steuern, Arbeits- und Energiekosten – den vorletzten Platz.

Geopolitische Blockbildung. Geopolitische Spannungen verändern zunehmend die internationalen Handelsstrukturen, Länder mit ähnlichen politischen Interessen rücken wirtschaftlich enger zusammen. Den abnehmenden Handel Deutschlands mit geopolitisch entfernteren Staaten können engere Beziehungen zu nächstehenden Ländern – insbesondere innerhalb der EU – aktuell nicht ausgleichen.

IW-Kurzbericht 27/2026

Michael Grömling: Deindustrialisierung durch fortschreitende Handelsabkopplung

Der Stellenwert der Arbeit

Verteilung. Die Wachstumsprobleme der deutschen Wirtschaft, die zunehmende politische Polarisierung – für diverse Probleme wird in Debatten mitunter eine Verschiebung der Einkommen von der Arbeit hin zum Kapital verantwortlich gemacht. Doch ein Blick auf das Volkseinkommen verrät: Nie war die Lohnquote in Deutschland höher als im vergangenen Jahr.

Die Gewinne an den Kapitalmärkten steigen, Arbeit dagegen lohnt sich immer weniger – Sätze wie diesen hört man häufig in Diskussionen zur aktuellen Lage in der Bundesrepublik. Der Gedanke dahinter: Eine zunehmende Umverteilung führt dazu, dass das Wirtschaftswachstum schwach bleibt und die politischen Ränder erstarken.

Makroökonomisch lässt sich diese These anhand der Lohnquote

überprüfen. Sie zeigt den Anteil der von den Beschäftigten erzielten Einkommen inklusive der Sozialbeiträge der Arbeitgeberseite am Volkseinkommen in einem Land. Die Zahlen lassen nichts von einer Benachteiligung des Faktors Arbeit hierzulande erkennen – im Gegenteil (Grafik):

Die Lohnquote in Deutschland erreichte im Jahr 2025 einen neuen Höchststand von 74,9 Prozent.

Seit 2020 bewegt sich die Lohnquote wieder auf einem ähnlichen Niveau wie in den 1990er Jahren. Den tiefsten Stand verzeichnete sie 2007 mit knapp 65 Prozent. Insgesamt ist die Lohnquote in Deutschland seit Jahrzehnten recht stabil, auch anhaltende wirtschaftliche Krisen haben sie allenfalls kurzfristig gedrückt.

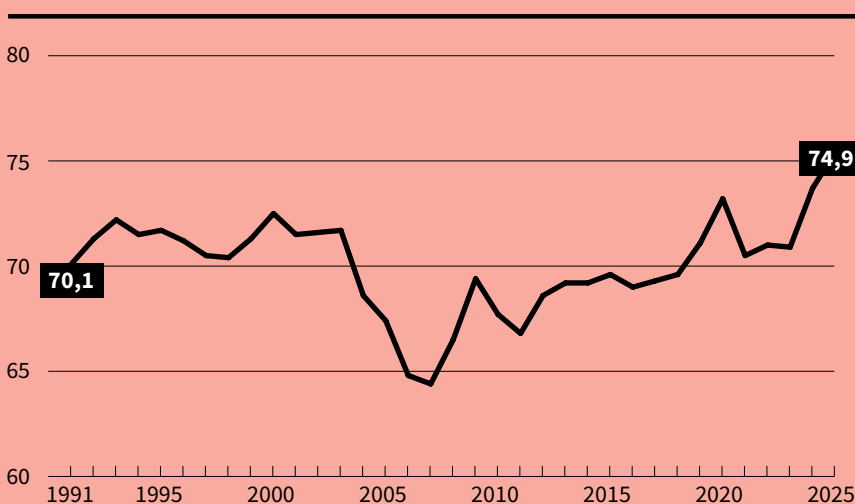
Noch höher liegt der Anteil der Einkommen aus Arbeitsleistung am Volkseinkommen, wenn man Selbstständige und ihre mithelfenden Familienangehörigen in die Rechnung einbezieht:

Das gesamte Arbeitseinkommen betrug nach IW-Schätzung im vergangenen Jahr gut 81 Prozent des Volkseinkommens.

Die Lohnquote unterzeichnet die Einkommen der Erwerbstätigen aber noch aus einem weiteren Grund: Ihr Gegenpart, die Kapitaleinkommensquote, umfasst unter anderem Einkünfte aus Zinsen und Dividenden sowie Mieteinnahmen – diese fließen keineswegs nur Unternehmen, sondern auch Arbeitnehmern zu.

Lohnquote auf höchstem Stand seit der Wiedervereinigung

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 20/2026

Michael Grömling: Lohnquote auf hohem Niveau

Mein Chef, der Vermieter

Immobilien. Gut ein Fünftel der Unternehmen in Deutschland unterstützt die Beschäftigten bei der Wohnungssuche, fast ein Zehntel stellt direkt Wohnraum bereit. Ob Mitarbeiter über den Betrieb an eine Wohnung kommen, hängt allerdings stark von der Branche ab.

Völlig überteuert, möbliert oder nur im Tausch zu bekommen: Wer aktuell eine bezahlbare Mietwohnung in einer wirtschaftsstarken Region, in Großstädten oder deren Umland sucht, hat es schwer. Seit Jahren wird zu wenig gebaut und der Erwerb von Wohneigentum übersteigt aufgrund der hohen Baukosten und gestiegenen Zinsen die finanziellen Spielräume vieler Haushalte.

Weil Unternehmen in Deutschland trotz des herausfordernden konjunkturellen Umfelds zahlreiche offene Stellen zu besetzen haben, springen sie mittlerweile häufiger selbst als Vermittler, Financier oder sogar als Vermieter in die Bresche. Ihr Kalkül: Wer nicht nur einen Job, sondern zugleich auch noch passenden Wohnraum zu bieten hat, verbessert seine Rekrutierungschancen. Damit hat sich der regionale Wohnungsmarkt – wie die Infrastruktur oder Betreuungsangebote – zu einem relevanten Standort- und Wettbewerbsfaktor zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften entwickelt. Wie intensiv die Unternehmen auf den Wohnungsmangel in Deutschland reagieren, zeigt eine aktuelle IW-Befragung (Grafik):

Annähernd 21 Prozent der befragten Unternehmen boten ihren Beschäftigten 2025 Unterstützung bei der Suche nach geeignetem Wohnraum an.

Mitarbeiterwohnen: Das tun die Unternehmen

So viel Prozent der Unternehmen in diesen Branchen unterstützten im Jahr 2025 Beschäftigte so bei der Wohnraumsuche

- Wohnraum wird direkt zur Verfügung gestellt (z. B. Vermietung eigener Bestände, Anmietung fremder Bestände, Ankauf von Belegungsrechten)
- Beschäftigte werden bei der Wohnraumsuche unterstützt (z. B. Beauftragung von Maklern, finanzielle Unterstützung, Tauschbörsen)



Gesellschaftsnahe Dienstleistungen: z. B. das Gastgewerbe oder das Gesundheits- und Sozialwesen; wirtschaftsnahe Dienstleistungen: z. B. Information und Kommunikation

Befragung von 826 Unternehmen in Deutschland zwischen Mitte Juli und Ende August 2025 im Rahmen des IW-Personalpanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

Knapp 9 Prozent der Betriebe stellten zuletzt Wohnraum direkt zur Verfügung – indem sie Belegrechte erwarben, Wohnungen selbst anmieteten oder eigenen Wohnraum offerierten.

Ein Blick auf die Branchen zeigt, dass sich in puncto Wohnen gesellschaftsnahe Dienstleister am stärksten engagieren: Gut 27 Prozent dieser Unternehmen unterstützen Mitarbeiter bei der Wohnungssuche und 14 Prozent stellen Wohnraum bereit. Am wenigsten zu Hilfe kommen Logistikunternehmen sowie der Groß- und Einzelhandel, die sich nur zu gut 13 Prozent indirekt und zu knapp 6 Prozent direkt bei der Wohnungssuche einbringen.

Auch regional gibt es deutliche Unterschiede. Grundsätzlich stellen im Osten mit 9 Prozent deutlich mehr Unternehmen direkt Wohnraum bereit als im Westen (4 Prozent). Noch höher ist die Unterstützung im Norden, wo 15 Prozent der Betriebe ihren Beschäftigten Wohnraum zur Verfügung stellen. Im Süden wiederum ist die indirekte Hilfe bei der Suche nach einer Bleibe mit 29 Prozent ausgesprochen groß.

Und was ist mit den Betrieben, die aktuell gar nichts unternehmen, damit ihre Beschäftigten eine bezahlbare Unterkunft finden? Deren Engagement dürfte nach eigener Einschätzung auch in Zukunft recht verhalten bleiben (Grafik):

Nur jeweils 4 Prozent der inaktiven Unternehmen planen in den kommenden fünf Jahren, Beschäftigte bei der Wohnungssuche zu unterstützen oder Wohnraum direkt bereitzustellen.

In Ostdeutschland ist die Dynamik noch etwas geringer – hier planen jeweils nur 2 Prozent der bislang in Sachen Wohnungssuche nicht tätigen Firmen, künftig Wohnungen zu vermieten oder bei der Wohnungssuche zu helfen.

Zu einer Entspannung des Wohnungsmarktes würde das Mitarbeiterwohnen nur dann beitragen, wenn sich Unternehmen zum Wohnungsneubau entschließen – und nicht zum Erwerb von bereits bestehendem Wohnraum. Um bereits vorhandene Flächen effizient zu nutzen und auch um andere Investoren nicht zu verdrängen, böte sich das Bauen auf bestehenden Betriebsgrundstücken an. Für kleine und mittlere Unternehmen sind

solche Vorhaben allerdings kaum zu stemmen. Für sie sind Kooperationsmodelle geeignet, bei denen mehrere kleinere Arbeitgeber gemeinsam mit einem Wohnungsunternehmen Wohnraum für ihre Beschäftigten schaffen.

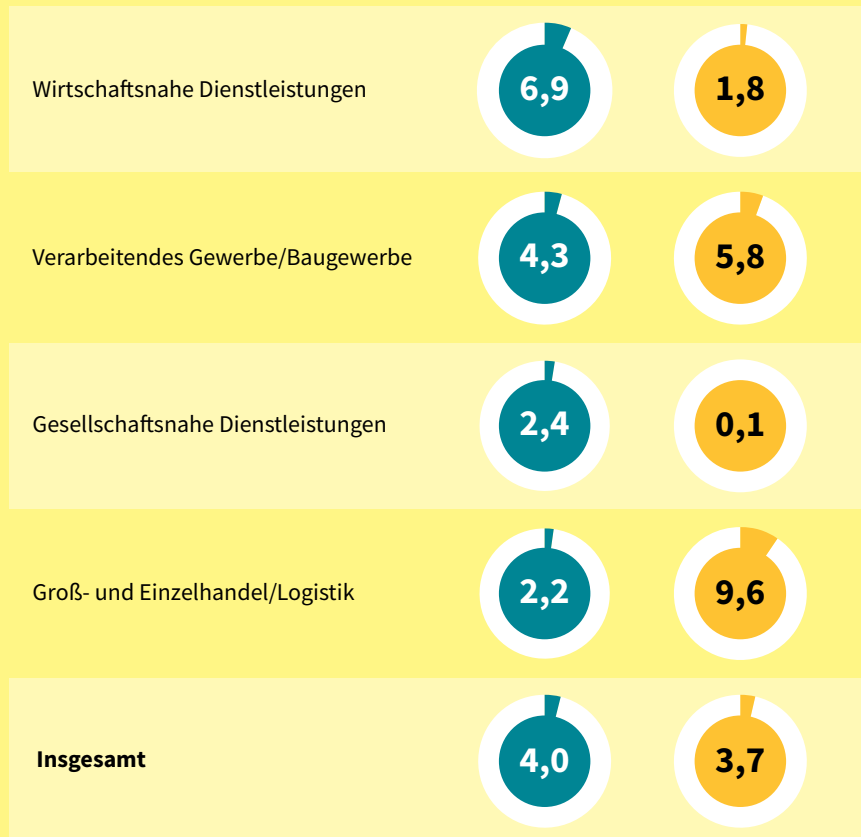
Aus IW-Trends 1/2026

Philipp Deschermeier, Pekka Sagner, Michael Voigtländer: Mitarbeiterwohnen in Deutschland – Zwischen steigender Relevanz und fortbestehenden Hürden

Mitarbeiterwohnen: Das planen die Unternehmen

So viel Prozent der Unternehmen in diesen Branchen planen, innerhalb der nächsten fünf Jahre Beschäftigte so bei der Wohnungssuche zu unterstützen

- Wohnraum wird direkt zur Verfügung gestellt (z. B. Vermietung eigener Bestände, Anmietung fremder Bestände, Ankauf von Belegungsrechten)
- Beschäftigte werden bei der Wohnungssuche unterstützt (z. B. Beauftragung von Maklern, finanzielle Unterstützung, Tauschbörsen)



Gesellschaftsnahe Dienstleistungen: z. B. das Gastgewerbe oder das Gesundheits- und Sozialwesen; wirtschaftsnahe Dienstleistungen: z. B. Information und Kommunikation

Befragung von 826 Unternehmen in Deutschland zwischen Mitte Juli und Ende August 2025 im Rahmen des IW-Personalpanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2026 IW Medien / iwd

Hier günstiger, da teurer

Wohnimmobilien. Die Preise für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen werden in Deutschland in den kommenden Jahren im Schnitt leicht steigen, wie eine IW-Prognose zeigt. In den einzelnen Städten und Kreisen verläuft die Entwicklung aber ganz unterschiedlich – vor allem aus strukturellen Gründen.

Die eigenen vier Wände zu besitzen, ist für viele (junge) Bundesbürger ein großes Ziel. Umso wichtiger ist eine Antwort auf die Frage, wie teuer das Häuschen oder die Wohnung vor Ort künftig sein wird.

Das IW hat nun anhand einer breiten Datenbasis eine Prognose zu den Wohnimmobilienpreisen in Deutschland bis 2035 erstellt. Demnach werden die Kaufpreise auf dem Immobilienmarkt, die sich nach dem Zinsanstieg von 2022 erst in jüngster Zeit stabilisiert haben, in den kommenden Jahren auf einen moderaten Wachstumspfad zurückkehren. In Zahlen:

Der mittlere, über alle Regionen in Deutschland berechnete Preis für einen Quadratmeter Wohnfläche wird von rund 3.000 Euro im Jahr 2025 voraussichtlich auf etwa 4.100 Euro im Jahr 2035 steigen.

Die angenommene durchschnittliche Inflationsrate von 2 Prozent herausgerechnet, werden die Immobilienpreise damit real um 1,1 Prozent pro Jahr zulegen.

Die IW-Prognose zeigt aber auch, dass sich der Markt für Wohnimmobilien in den einzelnen Städten und Landkreisen ganz unterschiedlich entwickeln dürfte (Grafik):

Unter anderem in den Großstädten Berlin, Köln und Stuttgart sowie im Ballungsraum rund um

München steigen die Wohnimmobilienpreise bis 2035 real voraussichtlich im Schnitt um mehr als 2 Prozent pro Jahr.

Insgesamt verteuern sich Wohnimmobilien in 33 der 400 deutschen Städte und Kreise in diesem Maße. Für 22, meist ländliche Regionen ist dagegen ein realer Preisrückgang um jahresdurchschnittlich mehr als 2 Prozent zu erwarten.

Entscheidend für diese divergierenden Trends sind neben kurzfristigen vor allem langfristige Faktoren: **Kurzfristige Treiber.** Auf kurze Sicht beeinflussen die nach wie vor höheren Zinsen – im Vergleich zur Niedrigzinsphase der 2010er Jahre – die Immobilienpreise. Gleiches gilt für die Konjunktur, die sich regional unterschiedlich auf Einkommen und Beschäftigung auswirkt – und damit auch auf die Preise für Häuser und Wohnungen.

Hinzu kommt die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft, die insbesondere in jenen Regionen zu kurzfristigen Anpassungsproblemen führen kann, in denen energieintensive Industrien oder die Automobilwirtschaft prägend sind. Die daraus resultierenden Unsicherheiten auf den jeweiligen regionalen Arbeitsmärkten können auch die Nachfrage nach Wohneigentum verringern.

Langfristige Treiber. Schaut man weiter nach vorn, sind vor allem strukturelle Faktoren wie die demografische Entwicklung von Bedeutung. Wo die Bevölkerung wächst und die Zahl der Haushalte steigt, werden Wohnimmobilien stärker nachgefragt – in schrumpfenden Regionen gilt das Umgekehrte.

Wie sich die Bevölkerung längerfristig entwickelt, hängt wiederum mit der regionalen Wirtschaftsstruktur zusammen: Regionen mit einer dynamischen Wirtschaft, die attraktive Jobs bieten und verkehrstechnisch gut erreichbar sind, ziehen Arbeitskräfte an, die dann häufig auch am Kauf einer Wohnung oder eines Hauses interessiert sind.

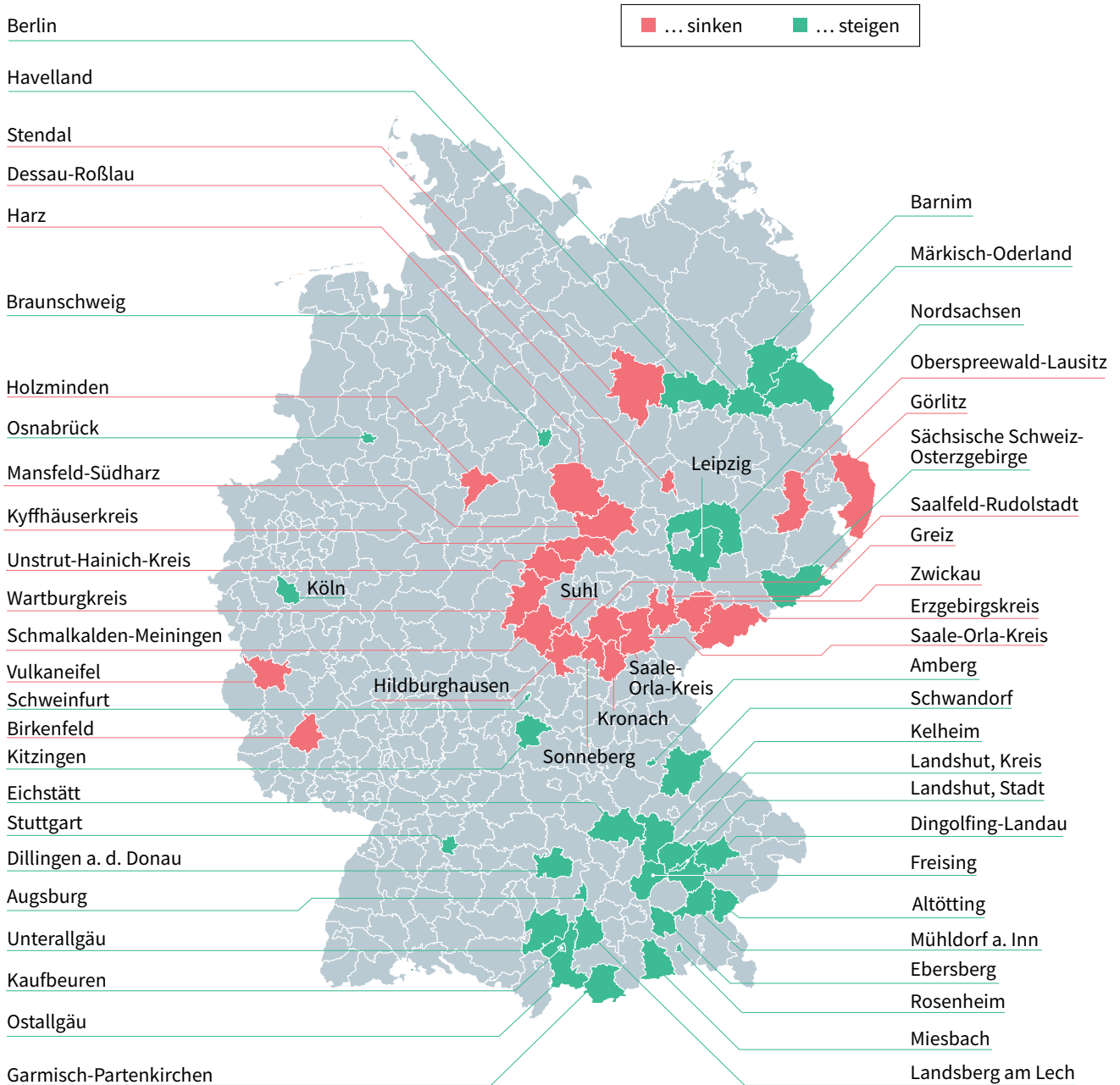
Dies könnte nicht zuletzt für jene Regionen gelten, die ihre Wirtschaftsstruktur erfolgreich an technologische und ökologische Veränderungen anpassen. Sprich: Langfristig können klassische Industrieregionen mit ihrer oft hohen Innovationskraft, gut ausgebildeten Arbeitskräften und starken Firmennetzwerken von der Transformation profitieren. Höhere Immobilienpreise wären ein Nebeneffekt dieser positiven Entwicklung.

IW-Kurzbericht 23/2026

Pekka Sagner: Wohnimmobilienpreise bis 2035 – Warum sich regionale Märkte stärker auseinanderentwickeln

Wohnimmobilien: Die Preisschere öffnet sich

In diesen deutschen Städten und Kreisen werden die Preise für Wohnimmobilien im Schnitt der Jahre 2025 bis 2035 real um mehr als 2 Prozent ...



Wohnimmobilien: Eigentumswohnungen, Ein- und Zweifamilienhäuser
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd



Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber, Tina Zeinlinger
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 13,64/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Aboservice:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



Zahl der Woche



**Knapp
4 Millionen**

Beschäftigte haben in Deutschland 2024 nachts gearbeitet, meldet das Statistische Bundesamt. Damit war fast jeder zehnte Erwerbstätige hierzulande zumindest gelegentlich für mehr als zwei Stunden zwischen 23 Uhr und 6 Uhr tätig. Am weitesten verbreitet war die Arbeit zu später Stunde in der Luftfahrt, dort leisteten gut 43 Prozent der Beschäftigten Nachtarbeit. Dahinter folgten Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien mit rund 40 Prozent sowie die Metallherzeugung und -bearbeitung mit 31 Prozent. Bei vorbereitenden Baustellenarbeiten, der Bauinstallation und dem sonstigen Ausbaugewerbe arbeiteten mit einem Anteil von knapp 2 Prozent die wenigsten Erwerbstätigen nachts – gefolgt von IT-Dienstleistungen sowie Erziehung und Unterricht mit jeweils rund 4 Prozent. Die Entlohnung der Nachtarbeit ist hierzulande im Arbeitszeitgesetz geregelt: Wenn es nicht schon im Tarifvertrag eine entsprechende Vereinbarung gibt, muss der Arbeitgeber als Ausgleich entweder zusätzliche bezahlte freie Tage oder einen angemessenen finanziellen Zuschlag gewähren. Die Höhe des Nachtzuschlags ist aber nicht gesetzlich festgelegt, in der Regel gibt es rund 25 Prozent des Bruttostundenlohns obendrauf.

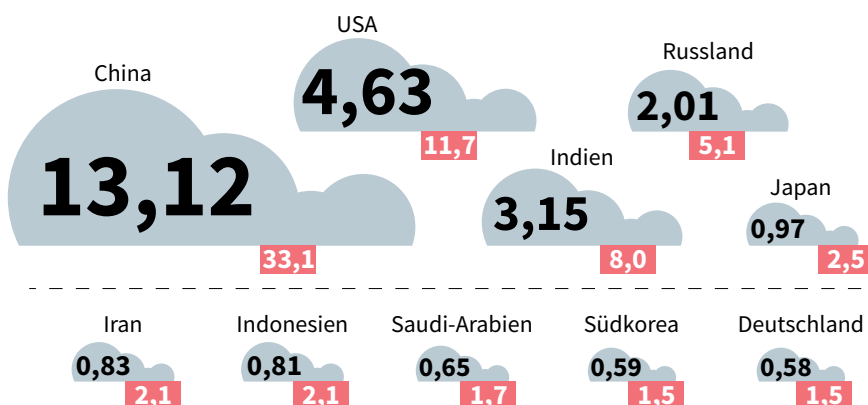
Top-Liste: Die Erderwärmer

China war 2024 mit einem Ausstoß von rund 13 Gigatonnen CO₂ der weltweit größte Emittent von Treibhausgasen. Das liegt einerseits daran, dass 2024 rund 1,4 Milliarden Menschen im Reich der Mitte lebten, andererseits aber China auch der größte Verbraucher und Förderer von Kohle ist und den Bau neuer Kohlekraftwerke stark vorantreibt. Zwar will auch Peking klimaneutral werden, allerdings erst bis 2060. Deutschland, ebenfalls ein großer CO₂-Emittent, will bis 2045 klimaneutral sein. Die USA als zweitgrößter Kohlenstoffdioxidemittent sind unter Präsident Donald Trump erneut aus dem Pariser Klimaabkommen, das die weltweite Erderwärmung begrenzen will, ausgetreten. Betrachtet man die Emissionen pro Kopf, verschiebt sich das Ranking. Dann liegen die USA mit 13,59 Tonnen vor China, das auf einen jährlichen CO₂-Ausstoß von 9,13 Tonnen je Einwohner kommt.

CO₂-Emissionen: Die größten Verursacher

So viele Gigatonnen CO₂ stießen diese Länder im Jahr 2024 aus

■ Anteil am globalen CO₂-Ausstoß in Prozent



Gigatonne: entspricht 1 Milliarde Tonnen
Quelle: EU-Kommission
© 2026 IW Medien / iwd